Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 167 (2001)

Heft: 5

Artikel: Konturen einer neuen US-Sicherheitspolitik : strategische Überlegungen der Bush-Administration

Autor: Spanik, Stefan W. D.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-67292

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Konturen einer neuen US-Sicherheitspolitik

Strategische Überlegungen der Bush-Administration

Die Phase des Post-Kalten Krieges geht zu Ende. Die sich abzeichnenden neuen internationalen Beziehungen fordern eine neue sicherheitspolitische Agenda und eine daraus wiederum abzuleitende richtungsweisende Nationale Militärstrategie. Selbst die Friedensmissionen (Somalia 1992, Burundi 1999) und humanitäre Aktionen der amerikanischen Streitkräfte, die teilweise wenig mit den nationalen Interessen Washingtons zu tun hatten, standen in der Zeit der Clinton-Administration noch vorwiegend in der Kontinuität der Kalten-Kriegs-Strategie, d. h., die US-Armee spielte in vielen Punkten der Erde die ihr eigentlich nicht mehr angemessene Rolle einer herumkleckernden Landstreitmacht.

Stefan W. D. Spanik

Ein «force on force»-Szenario mit schweren Waffen und überlegenen Luft- und Seestreitkräften sorgte oft für die Inbesitznahme von Territorien, die später dann politisch meist nicht zu halten waren. Mit Sicherheit wird sich Präsident Bush international nicht mehr überall engagieren und nur noch nach ureigenem amerikanischen Interesse handeln.

Das Ende des «Endes der Geschichte»

Das alte strategische Denken und operative Handeln ist seit 1997, der unausgesprochenen Verabschiedung vom Glauben an eine «Neue Weltordnung» oder genauer an eine Pax Americana, wie sie auch Francis Fukuyama im Wirtschaftsliberalismus, im «American Way of Life» und der «Weltdemokratisierung» nach dem vermeintlichen «Ende der Geschichte»[1] aufkeimen sah, zu Ende gegangen. Gerade die letzte Periode der Clinton-Regierung zeigte ausser einer radikalen Verschlankung der Landstreitkräfte keine Neuansätze, um in Zukunft mit den Herausforderungen einer multi- oder neuerlichen bipolaren, völlig veränderten Weltlage sicherheitspolitisch fertig zu werden. Innerhalb der militärpolitischen Diskussion stellten sich die Vereinigten Staaten lediglich verstärkt die aus dem letzten Golfkrieg erwachsene Frage, inwieweit sie als die letzte verbliebene Supermacht zukünftig in der Lage bleiben sollten, in globalen Dimensionen gleichzeitig zwei (bedeutende) Kriege mit absoluter Aussicht auf Siege führen zu können.[2] Dieses angedachte Szenario beschäftigte auch seit 1998 den Kongress-Unterausschuss für Nationale Verteidigung («National Defense Panel» [NDP]), der darüber hinaus als Schwerpunkte einer zukünftigen Nationalen Militärstrategie die Weiterentwicklung von «smart» High-Tech-Waffensystemen (NMD), die Einführung moderner Kommunikations- und Aufklärungssysteme und die Einbeziehung des nahen Weltraums in das Sicherheitsdenken der USA in Aussicht stellte. Es ist unverkennbar, dass die Expertisen des Nationalen Verteidigungsausschusses am Ende der Clinton-Ära den Hauptakzent auf Verteidigung und nationale Sicherheit legten.

Die zukünftige US-Strategie

Ganz im Sinne dieses Verteidigungsausschusses, allerdings auf einer höheren Ebene, argumentiert auch die vom Kongress eingesetzte «Kommission für Nationale Sicherheit im 21. Jahrhundert». Die zahlreichen Mitarbeiter und Experten dieses Sicherheitsrats haben die Aufgabe, was ebenfalls ein Novum ist, über einen längeren Zeitraum (etwa bis zum Jahr 2025) die Koordinaten der nationalen militärischen Sicherheit zu bestimmen und gleichzeitig die globalen aussenpolitischen und wirtschaftlichen Clacis nebst Counterparts in den Rahmen einer strategischen Langzeitagenda aufzunehmen.

Die bisher veröffentlichten Expertisen zur zukünftigen Agenda der US-Strategie umfassen drei Schwerpunkte:

1. Aufrechterhaltung und Ausbau einer wirtschaftsliberalen Globalisierung unter Dominanz amerikanischer Handelsinteressen sowie monetäre Überwachung der Finanzmärkte. Hinzu kommt die Kontrolle der globalen Internetsysteme.
2. Umfassende Beschreibung der amerikanischen aussenpolitischen Interessen und Zielsetzungen (Beispiele: Entschärfung der Konfliktsituation an der Strasse von Formosa, Annäherung von Nord- und Südkorea; Verhinderung einer Militärallianz zwischen Russland, China und etwa Iran). Aufbau multinationaler Sicherheitsstrukturen in Süd- und Südostasien. Festschreibung einer aussenpolitischen Handlungsstrategie zum Erreichen der gesteckten Ziele (noch unveröffentlicht).
3. Verstärkung internationaler Institutionen und Schaffung international verbindlicher Rechtssysteme im Sinne der Ausweitung demokratischer Prinzipien, Menschenrechte, Einhaltung völkerrechtlicher Vereinbarungen und Verhinderung von Konflikten (Peacekeeping, Konflikt-

Kampfdivisionen der US-Armee und ihre Stationierungsplätze

1987

1. Armored Div., West Germany
1. Cavalry (Armored), Fort Hood, Texas
1. Infantry (Mechanized), Fort Carson, Colorado
2. Armored Div., Fort Hood, Texas
2. Infantry, South Korea
3. Armored Div., West Germany
3. Infantry, West Germany
4. Infantry (Mechanized), Fort Carson, Colorado
5. Infantry, Fort Polk, Louisiana
6. Infantry (Light), Alaska
7. Infantry (Light), Fort Ord, California
8. Infantry (Mechanized), West Germany
9. Infantry (Motorized), Fort Lewis, Washington
10. Mountain (Light), Fort Drum, New York
24. Infantry (Mechanized), Fort Stewart, Georgia
25. Infantry (Light), Schofield Barracks, Hawaii
82. Airborne, Fort Bragg, North Carolina
101. Air Assault, Fort Campbell, Kentucky

∑: 18 Divisionen

2000

1. Armored Div., Germany
1. Cavalry (Armored), Fort Hood, Texas
1. Infantry (Mechanized), Germany
2. Infantry (Mechanized), South Korea
3. Infantry (Mechanized), Fort Stewart, Georgia
4. Infantry (Mechanized), Fort Hood, Texas
10. Mountain (Light), Fort Drum, New York
25. Infantry (Light), Schofield Barracks, Hawaii
82. Airborne, Fort Bragg, North Carolina
101. Air Assault, Fort Campbell, Kentucky

∑: 10 Divisionen

[1] Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. München 1992.

[2] Gerade während des zweiten Golfkrieges vor genau zehn Jahren und bei einer Truppenkonzentration um den Persischen Golf von über einer halben Million, hätten die USA keinen zweiten Konflikt ähnlicher oder gar grösserer Dimension mit Aussicht auf Erfolg durchzustehen vermocht.

prävention, Sanktionen gegen Kriegsverbrechen). Stärkere Einbindung von Russland und China in die «Internationale Völkergemeinschaft» und deren Beratungs- und Kontrollorgane.

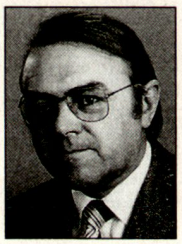
Wenn auch in der Vergangenheit schon manche Mechanismen amerikanischer Provenienz, etwa im Hinblick auf Einhaltung der Menschenrechte, Friedenssicherung, Abrüstung, Drogenprävention, Bekämpfung von Terrorismus über internationale Institutionen, an globaler Bedeutung gewonnen haben, von einer breiten Akzeptanz der neuen «westlichen» Werte und ihrer Ordnungsstrukturen kann jedoch noch lange nicht die Rede sein.

Die Sicherheitsdoktrin der Bush-Administration

Vorrangig für Amerika ist heute, dass Präsident Bush und sein Kabinett eine neue allumfassende Nationale Sicherheitsdoktrin entwickeln werden, die politische, wirtschaftliche, soziale und ebenso geopolitisch-militärische Aspekte berücksichtigen wird. Dass daraus schliesslich eine «Globale Sicherheitsstrategie der USA» erwachsen wird, ist keine Frage. Nach dem Ende der Post-Kalten-Kriegs-Phase dürfte es dem Pentagon nicht leicht fallen, einen neuen strategischen Kurs in einer eher eindimensionalen amerikanischen denn mehr multipolaren Welt zu entwickeln. Hinzu kommt, dass eine solche Globalstrategie den Freunden, Verbündeten, Partnern, Counterparts, aber auch den unbotsmässigen, wenn auch zurzeit schwachen, Konkurrenten nahegebracht werden muss. Erst nach Abschluss dieser Vorarbeiten wird das US-Verteidigungsministerium entsprechende Budgetierungen vornehmen können, die Auskunft über die zukünftige Rolle der Streitkräfte geben werden.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung wird im Februar/März 2001 die bereits erwähnte Nationale Sicherheitskommission des US-Kongresses ihren Abschlussbericht zu Sicherheitsfragen vorlegen. Bis Mitte des Jahres werden dann wohl die innenpolitischen Festschreibungen erfolgt sein, die dann, soweit notwendig, mit den NATO-Verbündeten und Nachbarländern (Mexico, Panama ...) abgestimmt werden müssen. Spätestens im Oktober 2001 wird nach einer entsprechenden Kongressvorlage die neue «Nationale Militärstrategie der USA» für den Beginn des 21. Jahrhunderts vorliegen.

Präsident Bush und seine sicherheitspolitischen Berater werden gerade in diese richtungsweisende «Militär-Agenda 21» ihre Handschrift einbringen. Die neue Administration wird dabei mit Sicherheit die letzten Unwägbarkeiten des Kalten Krieges hinter sich lassen und eine grundlegende Neuorientierung für die Vereinigten Staaten wie für die Welt festlegen. ■



Stefan W. D. Spanik, Dr. phil., Mozartstrasse 4, 69254 Malsch-Heidelberg, Bundesrepublik Deutschland.

Bundesrat Samuel Schmid zu «Führung in Staat, Wirtschaft und Armee» vor der Liberalen Aktion

«Führung in Staat, Wirtschaft und Armee» war der Titel des Referates von Bundesrat Samuel Schmid an der diesjährigen Mitgliederversammlung der Liberalen Aktion – Redressement National (www.liberale-aktion.ch). Die dem liberalen Gedankengut verpflichtete, überparteiliche Organisation setzt sich für eine wettbewerbsorientierte Marktwirtschaft sowie einen starken und soliden Mittelstand ein. Sie hat das Thema Führung als Schwerpunktthema für die Jahre 2000 und 2001 gewählt. Die promovierte Historikerin, Juristin und Unternehmerin Monika Notter löste Peter Gross als Präsidentin ab.

Gemäss Bundesrat Schmid findet Führung in Politik, Armee und Wirtschaft in einem gleichen oder ähnlichen Umfeld statt. Im Zentrum stehe stets die Persönlichkeit des Chefs, seine Werthaltung, sein Charakter und sein Führungsverhalten. In allen drei Bereichen bestehe das Wesen der Führung darin, vorgegebene Aufgaben optimal zu erfüllen und Ziele zeitgerecht zu erreichen. Auch die richtigen Leute seien an den richtigen Platz zu setzen. Nach Schmid schafft man gute Voraussetzungen mit Transparenz, Verbindlichkeit und Professionalität. Verbindlichkeit sei besonders anspruchsvoll, weil sie in einer sich rasch wandelnden Umwelt nicht einfach herzustellen sei. Im Unterschied zum Staat, der Anliegen mit einer demokratischen Mehrheit realisieren müsse und wo der politische Kompromiss eine wichtige Rolle spiele, sei die Wirtschaft privat und strebe nach Effizienz. In der Armee als Mittel der letzten Hilfe müsse das Resultat erreicht werden. Die Führungstechnik, speziell für die Problemerkennung und Lösungserarbeitung, ist gemäss Chef VBS in Armee und Wirtschaft bei komplexen Problemstellungen nahezu identisch. Im Unterschied dazu sei der Entscheidungsprozess in der Wirtschaft auf allen Stufen wesentlich komplexer und würde von vielen externen Faktoren beeinflusst.

Zur Sprache brachte Schmid auch die Notwendigkeit der Armeereform und das Manko an 3000 Subalternoffizieren und 700 Unteroffizieren – mit ein Grund, warum die Armee 95 nicht mehr funktioniere. In der Rekrutenschule müsse die Ausbildung zu 50 Prozent durch Instruktoren wahrgenommen werden. Viele zur Weiterausbildung vorgeschlagenen Milizkader müssten dispensiert werden. Um den Unterbeständen entgegenzuwirken, brauche es eine bessere Abstimmung zwischen der Dienstpflicht und der Wirtschaft. Schmid forderte ein Zertifikat für Unteroffiziere nach bestandener Ausbildung.

«Die Armee braucht eine glaubwürdige Ausbildung.» Unter diesem Titel äusserte sich der Referent auch zu den beiden Vorlagen vom 10. Juni. Sollen freiwillige Schweizer Friedenssoldaten im Ausland umfassend bewaffnet werden können? Soll die Ausbildungszusammenarbeit mit ausländischen Armeen verstärkt werden? «In der Schweiz können heute nicht mehr alle Übungen durchgeführt werden, die es braucht, um den nötigen Ausbildungsstand zu erreichen, gerade für den Verteidigungsauftrag.» Dies gefährde die Neutralität nicht, da die militärische Selbstständigkeit nicht gefährdet, sondern im Gegenteil durch einen besseren Ausbildungsstand erhöht würde. Dank Armee-Einsätzen in Krisengebieten würden weniger Flüchtlinge in die Schweiz kommen. Dies spricht gemäss Schmid für die Teilnahme an Einsätzen zur militärischen Friedensförderung als Teil gelebter Neutralität. Die Bewaffnung der freiwilligen Friedenssoldaten diene zum Selbstschutz und zur Erfüllung ihres Auftrages. (dk)